

# Sozialdemokratie in zwiefacher [i.e. zweifacher] Beleuchtung

Autor(en): **Kuster, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **37 (1958)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337016>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Alle diese im Anschluß an den heutigen Stand der Sozialwissenschaften erarbeiteten Ergebnisse stehen im Zusammenhang mit dem unveräußerlichen traditionellen Bekenntnis der Sozialdemokraten zum Kampf gegen soziales Unrecht im eigenen Lande und in aller Welt, mit dem Willen zu friedlicher internationaler Zusammenarbeit und dem Bemühen um kulturelle Reichhaltigkeit des Lebens auch des sogenannten kleinen Mannes. Dies alles ergibt zusammen ein klares geistiges Fundament für ein politisches Programm. Die Dokumente der Partei sowie das ausgedehnte Schrifttum zahlreicher Forscher lassen diese geistige Neuorientierung der SPD in unserem Jahrhundert, vor allem seit der Wiedergründung, deutlich erkennen. Die SPD weiß, daß auf sie heute in zunehmendem Maße gerade die geistig aufgeschlossenen, innerlich unabhängigen und nicht wertblinden Menschen aller Gruppen der Bevölkerung hören. Wenn sie unter solchen Umständen nicht alles tut, um dieses umfassende geistige Fundament ihres politischen Programms der Öffentlichkeit deutlich sichtbar zu machen, so unterläßt sie es, Anhänger und Wähler zu gewinnen, die sie im anderen Falle gewinnen würde.

## **Sozialdemokratie in zwifacher Beleuchtung**

*von Bruno Kuster*

Zwei Publikationen beschäftigen sich mit der Geschichte der schweizerischen Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten. Bei der einen handelt es sich um die Dissertation von Benno Hardmeier («Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz», herausgegeben vom Verlag P. G. Keller, Winterthur, 1957), bei der anderen um eine freisinnige Schrift von Kurt Müller («Schicksal einer Klassenpartei», herausgegeben vom Buchverlag der «NZZ», 1955).

Hardmeiers Dissertation, die der Sozialdemokratie freundlich gesinnt ist, bietet einen gewissenhaften, wohldokumentierten Überblick über die Zeitspanne von 1920 bis 1945, während Kurt Müller mit seiner Darstellung die Entwicklung von den Anfängen der schweizerischen Arbeiterbewegung bis ins Jahr 1955 erfaßt. Neben dieser äußerlichen Unterscheidung muß aber auch festgehalten werden, daß beide Arbeiten völlig verschiedenen Zwecken dienen. Auch wenn der besondere Charakter einer Dissertation eine eigentliche Parteinahme ausschließt, läßt Hardmeier seine innere Anteilnahme am Schicksal der Sozialdemokratie doch deutlich erkennen. Er mag mit seiner Arbeit unter anderem das Ziel verfolgt haben, in der Öffentlichkeit den Nachweis zu erbringen, «daß die SPS nicht nur die Interessen der Arbeiter-

schaft, sondern die Interessen des ganzen Volkes wahrzunehmen habe und als soziales Gewissen die Stimme der Menschlichkeit sprechen lassen müsse. Auf die ethische Seite des Sozialismus wird weit größeres Gewicht gelegt als früher. Die SPS kann nun auch nicht mehr als reine Oppositionspartei angesprochen werden.» (S. 7.)

Völlig klar geht die parteipolitische Zielsetzung aus dem «Abriß der Geschichte der schweizerischen Sozialdemokratie» von Kurt Müller hervor. Es hätte des Vorwortes von Ernst Bieri nicht bedurft, um die Absichten der Herausgeber zu erkennen. Das Ziel der Sozialdemokratie bleibe «die faktische Revolutionierung der Zustände» (S. 5), womit wieder einmal das schon oft bemühte Schreckgespenst in den Mittelpunkt der Bühne placiert wird. Weidlich nützt Bieri den moralischen Bankrott des sowjetischen Kommunismus aus, um die Sozialdemokratie mitdiskreditieren zu können, während er kühn behauptet, die bürgerlich-liberale Demokratie habe sich ihrerseits imstande gezeigt, «die konkreten Anliegen der Arbeiterschaft zu erfüllen» (S. 7). Es sei überraschend, «daß die sozialistische Bewegung bis heute nicht bereit und nicht imstande war, sich endgültig von einer politischen Philosophie zu trennen, die sich in der Erfahrung als falsch herausgestellt hat . . .» (S. 10.) Bieri erwartet von der Sozialdemokratie, «eindeutig und kompromißlos ihr Einverständnis mit der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu bekunden . . .» (S. 14.) Das heißt nichts anderes, als daß die stärkste Partei unseres Landes auf ihre Weiterexistenz verzichten müßte, um sich dem Freisinn in die liebesdrallen Arme zu werfen. Kurt Müller billigt immerhin der SP noch die Rolle einer «kleinbürgerlichen Arbeiterpartei» (S. 216) ohne eigenes grundlegendes Programm zu.

Die Beschäftigung mit den beiden vorliegenden Publikationen ist gerade deshalb so wertvoll, weil sie erlaubt, aus deren Konfrontation nützliche Schlußfolgerungen zu ziehen. Es ist hier nicht der Ort, eine wahlpropagandistische Polemik gegen die freisinnige Schrift zu entfalten, obwohl es verlocken würde, die freisinnige Selbstgefälligkeit dem Schicksal liberaler Ideologie und Praxis gegenüberzustellen . . .

Das Grundproblem, das beide Arbeiten kennzeichnet, ist folgendes:

*Wo befindet sich die geistige oder weltanschauliche Grundlage sozialdemokratischer Politik,*

nachdem die Lehren des mehr als hundert Jahre alten Marxismus für die heutige Zeit vielen teilweise als falsch, teilweise als überholt oder durch das sowjetische Exempel als kompromittiert erscheinen? Der Freisinn antwortet auf diese Kernfrage: Es gibt nur *eine* Wahrheit, nämlich die kapitalistische. Wie antworten die Sozialisten?

Wir wollen versuchen, an Hand einer Gegenüberstellung freisinniger und sozialdemokratischer Einschätzung entscheidender «Knotenpunkte» der ge-

schichtlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung tiefer in die Problemstellung einzudringen, um daraus wenn möglich einige Anhaltspunkte für die Beantwortung der gestellten Frage zu finden.

### *Die Spaltung der Arbeiterschaft*

Zwei Tatsachen dramatisierten die ideologische Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung am Ende des Ersten Weltkrieges: Innenpolitisch war es die Beurteilung des Generalstreiks vom 9. bis 14. November 1918, außenpolitisch das Verhältnis zur Russischen Revolution vom November 1917. Für die einen bedeutete der Generalstreik einen Versuch zur Eroberung der Macht, der «Errichtung der Diktatur des Proletariats», für die andern einen Ausbruch der Erbitterung über die krasse soziale Not. Für die einen war die Russische Revolution der erste Schritt zur Revolutionierung ganz Europas und der Welt, für die andern ein zwar zu begrüßendes, aber nicht sklavisch nachzuahmendes Ereignis.

Müller spricht im Zusammenhang des Generalstreiks von der «gefährlichsten innenpolitischen Erschütterung seit der Gründung des Bundesstaates», von einem «revolutionären Anschlag» (S. 49). Für Hardmeier war dasselbe Ereignis der Höhepunkt «verschärfter sozialer Spannungen und wachsender Unzufriedenheit» (S. 13).

Die Ablehnung der 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale, das heißt der Unterwerfung unter Moskau, sei bei einigen Führern der Sozialdemokratie «vor allem aus taktischen Erwägungen» erfolgt, behauptet Müller, während Hardmeier nachweist, daß die Partei einen gründlichen Trennungsstrich gegenüber dem Kommunismus gezogen habe.

Das im Jahre 1920 beschlossene Parteiprogramm, das sich zur «Diktatur des Proletariats» bekannte, stand in seinen Formulierungen stark unter dem Druck des Konkurrenten zur Linken, war «revolutionär» und «klassenkämpferisch» — und leitete gleichzeitig eine reformistische Tagespolitik ein.

Dieses Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis ist kein Zufall. Schon der Generalstreik, von vielen als Auftakt zur Revolution verstanden, enthüllt diesen Widerspruch. Das vom Oltener Streikkomitee aufgestellte Programm enthielt keine einzige Forderung, die auf eine Umwälzung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse oder der Staatsform hinzielte. Der revolutionäre Elan wurde wesentlich durch ausländische Ereignisse, vor allem aber durch die Russische Revolution gespeist.

Besonders deutlich wird das Paradoxe in der Auseinandersetzung um die «21 Bedingungen». Nicht Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung schweizerischer Verhältnisse zerrissen die Arbeiterschaft, sondern engstirnige Direktiven, die mit den innenpolitischen Erfordernissen nichts zu tun hatten. So kam es auch zum Parteiprogramm von 1920, das darauf angelegt war, den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen, der praktischen

Tätigkeit der Arbeiterorganisationen aber dafür nur ungenügende Richtlinien zu vermitteln vermochte.

Revolutionäre, importierte Phraseologie auf der einen Seite und tatsächliches Hineinwachsen in die bürgerliche Ordnung kennzeichnen die damalige Situation, erklären auch die um sich greifende Enttäuschung in den Reihen der politisch aktiven Arbeiterschaft und das Unvermögen der Partei, in breitere Volksschichten vorzustoßen.

### *Die Programmrevision von 1935 — Plan der Arbeit*

Übereinstimmend bezeichnen Müller und Hardmeier das Jahr 1935 als das Jahr der entscheidenden Wende in der Geschichte der Sozialdemokratie, wobei der erstere auf die Bejahung der Landesverteidigung und die positivere Bewertung der bürgerlichen Demokratie hinweist, der letztere ebenfalls auf «das eindeutige Bekenntnis zur Demokratie» (S. 92) und auf die Neuformulierung der wirtschaftspolitischen Anschauungen der SPS, wie sie im «Plan der Arbeit» konkreten Ausdruck fanden. Wirtschaftskrise und Nationalsozialismus zwangen die Sozialdemokratie zu einer gründlichen Überprüfung ihres Programms und ihrer Taktik. Während die Wirtschaftskrise die Bildung einer «antikapitalistischen Front» gegen das schwer erschütterte Wirtschaftssystem geradezu aufdrängte, legte die nationalsozialistische Bedrohung eine Unterstützung des bürgerlich-demokratischen Staates nahe, womit die Wirkung des aktiven Antikapitalismus wieder aufgehoben wurde. Die im Herbst 1935 durchgeführten Nationalratswahlen brachten der SPS ein einziges zusätzliches Mandat ein. Von einer grundlegenden Verschiebung der Kräfte zugunsten der «antikapitalistischen Front» konnte also keine Rede sein.

Dennoch bezeichnet Hardmeier das neue Programm als «Ausgangspunkt für eine äußerst fruchtbare Entwicklung» (S. 88), weil es vom Boden der schweizerischen Wirklichkeit ausgegangen sei. Die Sozialdemokratie habe erkannt, «eine über die unmittelbaren Interessen des Proletariats hinausgehende Mission zu erfüllen» (S. 90). Der Optimismus dieser Feststellung scheint im Widerspruch zu den erzielten Resultaten zu stehen. Hält man die Tatsache fest, daß das Bekenntnis zur Landesverteidigung und zur bürgerlichen Demokratie seit 1935 zur unerschütterlichen Grundlage der SPS geworden ist, während der Plan der Arbeit «bald von der Bildfläche der politischen Diskussion» verschwand (S. 116), vermag die Bilanz nicht völlig zu befriedigen.

Wohl hatte die Sozialdemokratie die aus der Zeit des Ersten Weltkrieges stammende negative Bewertung der schweizerischen Demokratie aufgegeben, den Begriff der «Diktatur des Proletariats» fallen gelassen, ihre Haltung zur Landesverteidigung revidiert und ihr wirtschaftliches Programm besser auf die schweizerischen Verhältnisse abgestimmt. Dieser Wendung, die vor allem

durch außenpolitische Ereignisse aufgezwungen wurde, lag aber keine eigene, selbst erarbeitete, der schweizerischen Wirklichkeit entspringende sozialistische Perspektive zugrunde. So wurden die Spuren des Planes der Arbeit, der auf die schweizerischen Verhältnisse «übertragen» und «ihnen angepaßt», aber nicht aus ihnen hervorgewachsen war, von der Entwicklung schon bald verwischt, während das «Bekenntnis zur Demokratie» in der Praxis auf eine Abwertung sozialdemokratischer Grundsätzlichkeit hinauslief, so daß der freisinnige Chronist in seiner Schilderung der folgenden Jahre befriedigt ausrufen kann: «Endlich: Burgfrieden!»

### «Die Neue Schweiz»

Der Verfasser des von der SPS gebilligten Kommentars zur «Neuen Schweiz», Dr. E. Steinemann, schrieb im Januar 1957 («Der Neue Bund», Nrn. 1/2, S. 22): «Das Programm ‚Die Neue Schweiz‘ ist seinerzeit als schnell hingeworfener, wenig durchdachter Kompromiß zwischen traditionellen, doktrinär-marxistischen und neuzeitlichen, freiheitlich-sozialistischen Auffassungen zustande gekommen und stellt daher einen unbefriedigenden Wechselbalg dar . . .» «. . . die SPS ließ schließlich das ganze Programm in der Versenkung verschwinden, ohne es bisher durch ein besseres zu ersetzen. Es ist daher politisch erledigt . . .»

Für Hardmeier behält «Die Neue Schweiz» ihre Gültigkeit, selbst wenn es heute um dieses Programm ziemlich ruhig geworden ist (S. 175). «Besser als in dem seit 1935 dem Parteiprogramm beigefügten Plan der Arbeit werden dabei die Voraussetzungen der schweizerischen, freiheitlichen und genossenschaftlichen Traditionen berücksichtigt» (S. 168).

Kurt Müller bezeichnet «Die Neue Schweiz» als einen «aufgefrischten ‚Plan der Arbeit‘». «Der alte Doktrinarismus wurde jetzt, etwas aufpoliert, als neue Weisheit angeboten» (S. 127). Der Vormarsch der alliierten Armeen habe die sozialdemokratischen Hoffnungen für eine Verwirklichung des Sozialismus nach dem Kriege anschwellen lassen. Die Auffassung habe vorgeherrscht, der Weg aus dem Kriege werde direkt zur sozialistischen Planwirtschaft führen.

Daß «Die Neue Schweiz» als erstes Ziel «die Verhinderung der Wirtschaftskrisen» nannte, scheint darauf hinzudeuten, daß in der Partei mit einer Nachkriegsdepression als Folge der Verarmung der Völker gerechnet wurde. Die einzige konkrete Aktion im Rahmen der «Neuen Schweiz» — die Initiative für Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit — belegt diese Auffassung. Sie kam in einer Zeit angespannter Hochkonjunktur zur Abstimmung (im Jahre 1947) und wurde kräftig verworfen . . .

Wie diese Entwicklung zeigt, ist wohl die Feststellung angebracht, daß auch «Die Neue Schweiz» trotz ernstem Bemühen, von der schweizerischen Wirklichkeit auszugehen, ein Versuch war, die gesellschaftlich-wirtschaft-

liche Entwicklung in ein Gedankenschema hineinzupressen, anstatt aus einer unvoreingenommenen Prüfung dieser Entwicklung die Grundsätze eines Programmes abzuleiten. Zudem wurde das Signal für die Lancierung dieses Programms nicht etwa durch eine innenpolitische Entwicklung gegeben, sondern von internationalen Ereignissen, die unsere Bevölkerung wohl stimmungsmäßig stark beeinflussten, an den tatsächlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten aber nichts änderten.

Somit steht die Sozialdemokratische Partei vor der unbefriedigenden Lage, sich formell noch zu einem Programm zu bekennen, das selbst nach der Auffassung seiner Urheber «politisch erledigt» ist.

### *Schlußfolgerungen*

Bleibt der Sozialdemokratie somit keine andere Wahl, als Ernst Bieris Kapitulationsaufforderung, «eindeutig und kompromißlos ihr Einverständnis mit der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu bekunden», anzunehmen?

Unabhängig von allen theoretischen und programmatischen Problemen darf festgestellt werden, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften als stärkste politisch-soziale Gruppierung unseres Landes Ausdruck bestimmter Erwartungen und Hoffnungen des größten Teiles des werktätigen Volkes sind, was von gewaltiger praktischer und grundsätzlicher Bedeutung ist, auch wenn es noch nicht gelungen ist, diese Erwartungen und Hoffnungen in die Form eines zeitgemäßen Programms zu gießen. Wäre die bürgerlich-liberale Demokratie tatsächlich imstande, die konkreten Anliegen der Arbeiterschaft zu erfüllen, wie Bieri behauptet, wären Sozialdemokratie und Gewerkschaften längst von der Bildfläche verschwunden.

Eine große Schwäche des zeitgenössischen Sozialismus liegt darin, daß er — ob er nun von Karl Marx oder mehr von ethisch-religiösen Quellen beeinflusst ist — seine Vorstellungen über die sozialistische Zukunft vorwegnimmt und sich hinterher bemüht, die gesellschaftliche Wirklichkeit diesen Vorstellungen anzupassen. Man baut sich in seinem Kopf einen Idealstaat, in welchem jegliche Ungerechtigkeit und alle Widersprüche behoben sind. Nicht erst seit der Existenz des Kapitalismus widmeten sich die Edelsten der Menschheit diesem Sehnen. Wer aber die Gesellschaft umgestalten will, muß von der Wirklichkeit ausgehen. Die Verarbeitung und Anpassung von Auffassungen, die in anderen Ländern gewachsen sind, dispensieren nicht von der Aufgabe, den Sozialismus aus der schweizerischen Wirklichkeit heraus zu sehen und zu begründen.

Benno Hardmeier ruft in seiner Dissertation eine Mahnung von R. Grimm aus dem Jahre 1935 in Erinnerung, die höchst aktuell geblieben ist: «Die Vergangenheit lehrt, daß die Politik der SPS nur allzuoft zum Spielball internationaler Strömungen und Meinungen geworden ist, die sich unter

ganz anderen Voraussetzungen herausbildeten, als wie sie in der Schweiz bestanden.»

Und Struthahn forderte in der «Roten Revue» (1937/38) «von der schweizerischen Arbeiterbewegung selbständige theoretische und konstruktive Arbeit, wenn sie ihre besonderen Aufgaben mit ihnen angepaßten besonderen Mitteln lösen soll.» Die Chance des Sozialismus beginnt dort, wo das privatkapitalistische Profitstreben in offenkundigen, vom ganzen Volke erkenn- und feststellbaren Konflikt mit den Interessen der Allgemeinheit gerät.

Auf der politischen Ebene spielt sich dieser Konflikt um den Ausbau oder den Abbau der Demokratie ab. Das bloße «Bekenntnis zur Demokratie» hilft der Arbeiterbewegung nicht weiter. Der von Herrn Bieri gepriesene und offenbar für unvergänglich gehaltene Wirtschaftsliberalismus hat ja längst einem straff zentralisierten und von wenigen Mächtigen autoritär kommandierten Regime Platz gemacht. Das Schicksal zehntausender Lohnverdiener hängt von den jeder demokratischer Beeinflussung entzogenen Entscheidungen der Verbands- und Kartellgewaltigen ab, die ihren Willen auch gegenüber den Organen des demokratischen Staates durchzusetzen verstehen.

*In der radikalen Verteidigung der Demokratie im weitesten Sinne dieses Begriffes liegt die große Chance des schweizerischen Sozialismus.*

Unlöslich ist damit auch der Gedanke des betrieblichen Mitsprache- und Mitbestimmungsrechtes, der infolge der strukturellen Wandlungen der kapitalistischen Unternehmungen immer mehr Durchschlagskraft gewinnen wird, verbunden. Um zwei Beispiele des Versagens der «geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung» zu erwähnen, sei auf das Boden- und Wohnungsproblem und auf die angesichts der technischen Revolution völlig ungenügenden Ausbildungsmöglichkeiten der Jugend hingewiesen.

Diese Bemerkungen sind natürlich nicht mehr als eine erneute Betonung der von Struthahn hervorgehobenen Notwendigkeit, «selbständige theoretische und konstruktive Arbeit» zu leisten. Erst die Erkenntnisse, die sich aus dieser Arbeit ergeben werden, werden die Konturen des schweizerischen Sozialismus erkennen lassen. Es mag sein, daß er nicht der Vision entspricht, die der einzelne in sich trägt. Dafür wird er zu einer Sache, die verwirklicht werden kann, und zwar nicht in einer ungewissen, fernen Zukunft, sondern immer dann und dort, wo der Kapitalismus versagt.

Das Ziel der Sozialdemokratie besteht nicht in der «faktischen Revolutionierung der Zustände». Herr Bieri scheint Ursache und Wirkung zu verwechseln. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst revolutioniert ununterbrochen die Zustände und stellt den Platz des Hand- und Kopfarbeiters im Produktionsprozeß, im gesellschaftlichen Leben zur Entscheidung und damit letztlich auch die Eigentumsform der Unternehmungen.



Kraft und Existenzberechtigung der Sozialdemokratie beruhen in der energischen Parteinahme zugunsten dieser Entwicklung, im entschiedenen Eintreten zugunsten der Demokratie gegen die autoritären Herrschaftsansprüche einer Handvoll Kartell- und Verbandsgewaltiger.

## CHRONIK DES MONATS

### *Innenpolitik*

In der Dezember-Session sind die eidgenössischen Räte mit der Beratung der *neuen Finanzordnung* nicht zu Ende gekommen. Man mußte die endgültige Bereinigung der Vorlage auf eine außerordentliche Januar-Session verschieben. Inzwischen hat der Bundesrat die im Parlament vertretenen Parteien zu einer Konferenz eingeladen und ihnen mit allem Nachdruck die Bedeutung und Notwendigkeit der Zustimmung zur Finanzordnung, wie sie nun aussieht, dargelegt. Es ist zweifelhaft, ob dieser Appell des Bundesrates großen Erfolg haben wird. Schon im Dezember hat die sozialdemokratische Fraktion, als die letzten Beschlüsse des Ständerates vorlagen, erklärt, daß sie dem Projekt nicht zustimmen könne. Die Katholischkonservativen, denen der freisinnige Finanzminister ohnehin nicht sympathisch ist und die ihm darum eine Niederlage wohl gönnen möchten, zeigen sich nichts weniger als begeistert, und selbst die freisinnige Fraktion ist gespalten. Die in bürgerlichen Zeitungen erhobenen Ermahnungen an die Adresse der Sozialdemokraten, jetzt staatspolitisches Verantwortungsgefühl zu bekunden und Hand zur Verständigung zu bieten, nehmen sich angesichts dieser Haltung der bürgerlichen Fraktionen etwas sonderbar aus. Auf sie allein nämlich fällt die Verantwortung dafür, daß das Projekt von der ersten Fassung des Bundesrates bis zur neuesten Vorlage im Dezember fortwährend verschlechtert wurde, wobei Bundesrat Streuli sich bei jeder neuen Verschlechterung in die peinliche Lage versetzt sah, Positionen aufzugeben, die er zuvor eben noch kräftig verteidigt hatte. Von den sozialdemokratischen Wünschen und Begehren, die an eine gerechte Finanzordnung zu knüpfen sind, ist nichts berücksichtigt worden. Man darf bei dieser Gelegenheit wohl wieder einmal daran erinnern, daß die Sozialdemokraten seinerzeit die Einführung und Beibehaltung der Warenumsatzsteuer nur unter der Voraussetzung gebilligt hatten, daß die direkte Bundessteuer dauernd in der Verfassung verankert würde und ihre Erträgnisse nicht hinter denjenigen der Warenumsatzsteuer zurückstünden. Das war sozialdemokratischerseits grundsätzlich schon ein großes Entgegenkommen, um eine Verständigungslösung in der Finanzreform zu ermöglichen. Aber dies ist von den bürgerlichen Parteien in keiner Weise